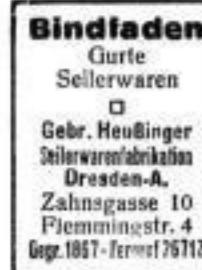


Einmal wöch. Bezugspreis für April 5 M. einschl. Postgebühr. Anzeigenpreise: Die 1. Gepl. Zeitung 20 M. Stellengefach 20 M. Die Zeitungskommission 20 M. Meter breit, 1 M. Offertengedächtnis für Selbstschüler 20 M. bei Überleitung durch die Post außerdem Postzuschlag. Einzel-Nr. 10 M. Sonntags-Nr. 15 M. Geschäftsfeld: Teil 3. Hillebrand in Dresden.



# Sächsische Volkszeitung

Sonntag, 25. April 1926

Im Falle höherer Gewalt erfüllt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Zeitung v. Schadensfall. Wir sind u. d. Fernzuführung übermittelt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verleihene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Haupthauptschriftsteller: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Mitte 1, Wallstraße 21. Geöffnet 10 Uhr  
bis 21 Uhr.



Wirtschaftsstelle, Druck und Verlag: Sächsische  
Fachbuchdruckerei GmbH, Dresden 1, Wallstraße 21.  
Postamt 21012. Poststempel Dresden 14000  
Bankpost: Dresdner & Prinzipal, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur



## Deutsch-österreichischer Zollverein?

Der österreichische Standpunkt

Bien, 19. April.

Vor mehr als Jahresfrist schuf man in Österreich den autonomen Zolltarif, um durch ihn ein Verhandlungsinstrument für die Handelsverträge zu bekommen. Die großen Hoffnungen, die man auf den Zolltarif setzte, gingen leider nicht in Erfüllung. Es wurden wohl eine Reihe von Handelsverträgen abgeschlossen, bei denen sich aber bereits die Unzulänglichkeit unseres Zolltarifes erwies. Die praktischen Auswirkungen der Verträge waren gleich Null und trugen zur Entspannung der Wirtschaftskrise nicht das geringste bei. Besonders war hierbei der Umstand, daß nirgends ein ehrlicher Wille vorhanden war, dem wirtschaftlichen Missgebilde Österreich zu helfen, andererseits alle Nachbarstaaten sich kampshaft bemühten, ihre Waren in Österreich gut abzusetzen. Es ist daher ein Gebot der Notwendigkeit, eine Novellierung des Zolltarifes in Österreich vorzunehmen; ein diesbezüglicher Gesetzentwurf wurde vergangene Woche im Nationalrat eingeführt.

Die Erhöhung des Zolltarifes ist nun allerdings ein zweckneidiges Schwert. Industrie und Landwirtschaft verlangen einen Schutz ihrer Produkte, der Handel dagegen verweist nicht mit Unrecht darauf, daß unsere Erzeugung noch lange keine solche ist, um auf wichtige Bedarfsartikel des täglichen Lebens aus dem Auslande verzichten zu können. Ja eine Reihe von Bedarfsartikeln, namentlich sind es gewisse Textilwaren, werden im Inland überhaupt nicht erzeugt. Eine Erhöhung der Zölle müßte daher naturnotwendig zu einer neuveränderten Steuerung führen, die die Bevölkerung nicht mehr ertragen könnte. So sind Konsumenten und Produzenten im heftigsten Widerstreite.

Wenn der Bundeskanzler uns damit vertröstete, daß er in der Begründung der Regierungsvorlage erklärt, daß die Zölle vorläufig nicht in Kraft treten, da man erst Verhandlungen mit den Vertragsstaaten pflegen müsse, mit denen man sich auf niedrigere Zölle geeinigt habe, so ist das wohl ein sehr billiger aber schwacher Trost; denn es ist wohl heute noch sehr ungewiß, ob man die niedrigen Zölle wird aufrechterhalten können, zumal da das Entgegenkommen der Gegenseite ein sehr geringes ist, wie sich das erst dieser Tage bei Abschluß des Handelsvertrages mit Ungarn gezeigt hat, der den Wein- und Viehhauern eine schwere Schädigung brachte. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß erfahrungsgemäß unser Handel sich unabhängig davon, wann der Zolltarif sich auswirken wird, einen Vorschuß auf die Erhöhung nehmen wird, wie dies grundlos bereits vor Inkrafttreten des letzten Zolltarifes geschah.

Die Zollerhöhungen sind nach dem Entwurf für eine Reihe von äußerst wichtigen Positionen geradezu ungeheuerlich. Einige Beispiele hierfür: Die Steigerung des Roggenzolles ist eine vierfache, die für Schweinefett nahezu eine dreifache, für Butter mehr als das doppelte. In gleicher Höhe bewegen sich die Zölle auf alle Arten frischen Fleisches, Geflügelteflesches, Konfituren und Honig. Außerordentlich hoch sind auch die Zölle für Textilwaren, und da besonders für billige Tücher. Fachleute erklärten, daß die geplanten Zölle auf billige Tücher einschließlich der neuen Warenumsatzsteuer mehr als 90 Prozent des Warenwertes betragen. Selbst wenn die Auswirkungen nur teilweise sein dürften, wird die Belastung der Konsumenten eine unerträgliche sein und zu neuen Schwierigkeiten führen, andererseits aber darf man nicht verschweigen, daß die Regelung in der Zwangslage ist, die Zölle erhöhen zu müssen. Welches Uebel das kleinere ist, läßt sich bei diesen unnormalen Zeiten auch nicht annähernd sagen. So müssen Versuche gemacht werden, die nicht Ewigheitswerte haben, sondern ganz auf das Heute eingestellt sind.

Es liegt ein Zweipunkt der Natur hier vor, verursacht durch ein ganz unmögliches Wirtschaftsgebot, das seine Unabhängigkeit auf die Dauer nicht behaupten kann. Daher die Bestrebungen, mit Deutschland eine Zollunion einzugehen, ein Gedanke, der gewiß ernstester Erwürdigungen wert ist. Ein wirtschaftlicher Ausgleich, namentlich auf industrialem Gebiet, wäre von einer Zollgemeinschaft zweifellos zu erwarten, in der Deutschland wohl mehr der gebende Teil wäre. Dennoch hätte er auch für Deutschland seine Vorteile, es

## Die amerikanischen Schulden

### Frankreichs Sicherheitsklausel

Paris, 24. April.

Bei der gestrigen Aussprache des Auswärtigen Ausschusses der Kammer über die Schuldenverhandlungen mit Amerika gab besonders die Frage zu lebhaften Debatten Anlaß, wie man die Sicherheitsklausel, die von dem französischen Botschafter jetzt offiziell aufgegeben worden ist, durch eine andere Formel ersetzen könne. Bei der Sicherheitsklausel handelt es sich belanglos darum, daß die Zahlungen Frankreichs an Amerika abhängig gemacht werden von den Zahlungen Deutschlands an Frankreich. (D. R.) Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, bestätigten die Erklärungen, die Briand dazu abgab, die Mitglieder des Ausschusses nicht. Er betonte, wenn man nicht verhandle, so bedeute das den Bruch. Nach dem Bruch müsse es zu einer Verschlechterung des Franken kommen. Wenn der Franken noch weiter gesunken sei, so daß eine Paupel folge, dann werde man sehen, wie die Gläubiger Frankreichs als Meister herbeileiten, aber um welchen Preis? Er werde über diese Frage vor der Kammer die Beratungen fortführen. Der Widerstand der Amerikaner gegen die Sicherheitsklausel sei darauf zurückzuführen, daß sie den Versailler Vertrag nicht anerkannt hatten und deshalb aus Prinzip gegen alle Schritte seien, die diesen Vertrag bestätigen. Wenn es keine schriftliche Sicherheitsklausel gebe, so doch eine moralische. Die Amerikaner würden sich darauf beschränken, Frankreich mündlich Zusicherungen zu geben.

Franklin Bouillon bestand darauf, daß die Sicherheitsklausel eingesetzt werde. Er werde sich niemals mit einer Regelung einverstanden erklären, bei der die Interessen Frankreichs nicht gewahrt seien. Weiter erklärte Franklin Bouillon, man müsse außer der Sicherheitsklausel auch Kredite verlangen, die die Stabilisierung des Franken ermöglichen. Die Kommission beschloß daran hin, die Frage der Sicherheitsklausel erneut zu prüfen.

Paris, 24. April. Die Blätter melden aus Washington, daß der französische Botschafter Verenger der amerikanischen Schuldenabwicklungskommission gestern Vorschläge zur Regelung der französischen Schulden an Amerika unterbreitet hat. Die neuen Vorschläge sehen eine Bezahlung der Gesamtkriegsschulden in 62 Jahre Leistungen vor. Der Betrag der ersten fünf Jahre Leistungen beläuft sich auf 25 Millionen Dollar, der der darauffolgenden Leistungen würde fortwährend auf 100 Millionen Dollar und darüber hinaus erhöht werden.

würden sich einerseits einige Industrien geradezu ergänzen, anders wären in dem Umschlagsplatz Wien, dem Kristallisierungspunkt des Handels und des Geldverkehrs nach dem Balkan, große Möglichkeiten für eine Erweiterung der Beziehungen nach dem Südosten gegeben.

Von maßgebender Berliner Seite wird dem hier vielfach geäußerten Wunsche entgegengestanden, daß einer Zollunion mit Österreich außerordentliche Schwierigkeiten im Wege stehen, so daß mehrere Jahre erforderlich wären, einen gerechten Ausgleich zu finden. Zur Illustration dessen diene der deutsche Zolltarif, der im September vorigen Jahres fertiggestellt sein sollte, aber erst in 2 bis 3 Jahren zum Abschluß gebracht werden kann. Schon die Erörterung einzelner Zollsätze der beiden Länder zeigte die ungeheure Schwierigkeiten, die einem Zollbunde entgegenstehen. Bei der Vielgestaltigkeit des deutschen Wirtschaftsgebietes und dem ganz anders gearteten österreichischen bestehen geradezu unüberbrückbare Interessenskonflikte, die der Erörterung einer Zollgemeinschaft vorläufig nur theoretischen Wert verleihen. Die Aussichten für ein positives Ergebnis sind jedenfalls recht zweifelhaft. Die Zollunion ist schließlich nicht der Weisheit letzter Schluss, es gibt ja andere Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder durch einen großzügigen Handelsvertrag zu erleichtern und weniger zu gestalten, und das scheint auch geplant zu sein nach all dem, was man über die Reise des Bundeskanzlers Dr. Ramek nach Berlin vernahm.

39.

### Das deutsche Eigentum

Die außerordentlich widersprechenden Nachrichten über die Behandlung der Freigabe angelegenheit des deutschen Eigentums in Amerika haben an der Börse zu lebhaften Kurschwankungen der sogenannten Freigabewerte geführt. — Bei diesen Transaktionen haben, wie das immer bei solchen Fällen geschieht, die spekulativen Machenschaften eine große Rolle gespielt.

Richtig ist allerdings, daß die ersten optimistischen Erwartungen bezüglich der Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums nicht erfüllt wurden. Einmal hinsichtlich der Höhe der Freigabesumme, sodann aber auch bezüglich der Art der Auszahlung und nicht zuletzt in dem geradezu entscheidenden Punkt der Fristen der Rückgabe haben sich gegenüber den ursprünglichen Annahmen Veränderungen ergeben, die von entscheidender Bedeutung für die ganze Beurteilung und wirtschaftliche Wirkung dieser Frage sind. Es kann auch keine Mode davon sein, daß mit dieser Rückgabe mit einem Schlag etwa einige hundert Millionen Goldmark nach Deutschland fließen.

Jedenfalls sind die Vorbehalte, die seitens Amerikas gemacht werden, noch so schwerwiegend und umfassend, daß man im Augenblick noch gar kein Bild über das Schicksal des Freigabegesetzes gewinnen kann, umso mehr, als man noch nicht abschätzen vermag, bis wann das Gesetz erledigt werden kann und ob die zweitlos im amerikanischen Senat noch vorhandenen Widerstände überhaupt überwunden werden können. Jedenfalls ist es angebracht erneut vor übertriebenen Erwartungen in dieser Frage zu warnen. Die Vorgänge auf dem Effektenmarkt, die zu empfindlichen Rückschlägen für die sogenannten Freigabewerte und zu schweren Verlusten führten, zeigen die Berechtigung der Mahnung zur Vorsicht und Zurückhaltung.

Washington, 24. April. Der Abgeordnete Garner holte gestern im Repräsentantenhaus die Behauptung wiederholt, daß die Mills-Bill ein riesiger Diebstahl an den amerikanischen Steuerzahler sei. Er erklärte, Mellon und Mills möchten, daß die amerikanischen Steuerzahler ihnen das bezahlen, was Deutschland ihnen schuldig ist. Der Republikaner Howell erklärte, unsere nationale Ehre steht bei dieser Sache auf dem Spiel. Denn die Vereinigten Staaten sind nicht verpflichtet, durch die Konfiskation von Privat Eigentum dann von einer anderen Macht gegebenen schlechten Beispiel zu folgen.

### Briand über den Völkerbund

Paris, 24. April.

Briand gab in der gestrigen Sitzung der Kammer eine längere Erklärung ab, in der er sich über die französischen Afäre, über die Beziehungen zu Italien und über den Völkerbund äußerte. Zur Völkerbundfrage erklärte er:

Über die letzte Tagung des Völkerbundes wurde ein übertriebener Postimpass an den Tag gelegt. Man hat es Frankreich als eine Allohalität anrechnen wollen, daß es Polen und Spanien zu gleicher Zeit in den Völkerbundrat einführen wollte, als die Aufnahme Deutschlands vorgenommen werden sollte. Frankreich hat infolgedessen aus seinem Wunsche, daß Polen einen Zug erhalten sollte, nie einen Hehl gemacht. Diese Haltung entsprach im übrigen durchaus auch dem Geist von Locarno. Wenn Polen tatsächlich nicht in den Rat aufgenommen wurde, so wäre es an Frankreich gewesen, Polens Interessen im Rate zu schützen und dies gegebenenfalls gegen Deutschland. Das konnte der Sache des Friedens aber nur schädlich sein.

Die Haltung Brasiliens ist mit Unrecht als egoistisch getadelt worden (?). Brasilien sprach nicht für sich allein, als es darauf hinaus, daß der südamerikanische Kontinent nicht entsprechend im Rate vertreten sei. Brasilien sprach für den südamerikanischen Kontinent. Es unterliegt keinem Zweifel, daß gelegentlich der Septembertagung eine Lösung zustandekommen wird. Die französische Auffassung ist die, daß es in Zukunft weder große noch kleine Völker, sondern nur noch gleiche Völker gibt.